

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Gründungsbeitrag 2,50 Mk., monatlich 30 Pf. (inkl. Post). — Nummer 10 1/2 Pf. — Nachzahlung: Die 10 gefalteten Blätter werden über Ihren Namen in 10 Pf., Restzahl in Veranlassung der nächsten Ausgabe. Willkommener! Die 6 gefalteten Blätter werden über Ihren Namen in 70 Pf. — Restzahl in Veranlassung der nächsten Ausgabe.

Mit den Beilagen:
„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Gewerkschafter“, „Zeitung“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abbestellungspreis: Monats 12, Vierteljahr 35, Halbjahr 65, Jahres 125. — Ausland: monatlich 4,50 Mk. (inkl. Post). — Werbung: Der Preis wird nach Vereinbarung festgesetzt. — Druck: Die Zeitschrift wird im Verlagsbüro der Partei in Berlin 100, unter der Leitung des Genossen G. H. K. gedruckt. — Vertrieb: Die Zeitschrift wird durch den Vertrieb der Partei in Berlin 100, unter der Leitung des Genossen G. H. K. verbreitet.

Vom Tage

Im Beamtenausschuss der Demokratischen Partei erregte Abgeordneter Dellus, wenn der demokratische Antrag zur Pflichtenabfindung nicht angenommen werde, werde nur der Volksentscheid übrig bleiben.

Auch die Rapp-Putschler Graf Ludwig und Major Blichof haben Klage auf Aufwertung ihrer Pension eingereicht.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion fordert die Einsetzung eines Ausschusses zur Verfassungsverwicklung. Es soll ein Oberhaus eingesetzt und die Abhängigkeit der Regierung vom Reichstag aufgehoben werden.

In Köln fand ein Vortragsabend statt, an dem sich 100.000 Arbeiter beteiligten.

Reichsjustizminister Marx hat eine Verurteilung des wegen revolutionärer Tätigkeit zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilten Schauspielers Josef Gärzner abgelehnt.

Die Thullenische Bergbauverwaltung in Hamborn hat erneut 3000 Bergleute entlassen. Die Kruppische Bergbauverwaltung plant Stilllegung der Zeche Hannibal II. mit tausend Bergleuten.

Das vom Reichstag angenommene Duellgesetz, das duellierende Offiziere und Beamte mit Entlassung bedroht, ist von Hindenburg nicht unterzeichnet worden.

Die polnische Regierung hat ganze zehn Millionen Poln, das sind kaum fünf Millionen Mark, für Ostlandsarbeiten zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiter und Bauernbewegungen in Bulgarien gehen trotz des Regierungswechsels mit unverminderter Stärke weiter. Die Ausrottung ganzer Familien wird gemeldet.

Der Bahabitenführer Jb Saud, der im vergangenen Jahre Meffa eroberte, droht jetzt gegen den in Englands Solde stehenden Sultan von Transjordanien vorzugehen.

Klare Linie im Volksentscheid!

Die Chemnitzer „Volkstimme“ veröffentlicht in ihrer Nr. 40 vom 17. Februar einen Leitartikel unter der Überschrift „Klare Linie im Volksentscheid“, der angesichts der schwankenden Haltung der sozialdemokratischen Führung die weitgehendste Beachtung verdient.

Nach einem Zitat aus Ferdinand Lassalles „Franz von Sickingen“ schreibt das Blatt:

„Über auch die Sozialdemokratie soll in dieser großen Aktion sorgfältig darauf achten, daß das klare Ja und Nein des Volkes nicht durch ein parlamentarisches Spiel, das von den Majoren nicht verstanden und als Teilnahmestück empfunden wird, in Mißtraut angefohrt werden könnte. Gewiß ist es parlamentarisch: Gepflogenheit, auch an Gezeigentwürfen mitzuwirken und sie nach Möglichkeit zu verhindern, wenn man sie trotzdem in der Endabstimmung ablehnen entschlossen ist. Hier aber ist die Frage, ob der bürgerliche Gesetzentwurf zur Fürstenaabfindung, der die Angelegenheit abermals einem Decretum vor Reichskern überweisen möchte, überhaupt verbesserungsmöglich ist.“

Nachdem der Artikelredakteur eine Aeußerung des „Berliner Tageblattes“, das sich auch gegen diesen Kompromißentwurf wandte, zitierte und darauf hinweist, daß selbst also die Demokratische Partei so urteilt, geht er auf eine sachliche Würdigung der Gründe des Parteivorstandes für die Mitarbeit am Kompromiß ein, um dann fortzufahren:

„Man soll diese Gründe in aller Ruhe würdigen und kritisch betrachten. Sat man das aber getan, dann kommt man bei Ferdinand Lassalle, zu dem Ergebnis, daß der „scheinbar höchste Verstand sich in der Tat als höchster Unverstand“ erweisen wird. Man stelle sich die Lage vor, in die unsere Partei kommen würde, wenn sie die Majoren zum Kampf für den Volksentscheid — der die entschuldigungslose Entregnung wäre — und damit auch zum Kampf gegen das bürgerliche Kompromiß aufstehen müßte, dem unsere Abgeordneten im Reichstag selbst ihre Zustimmung gegeben haben.“

Und diesen Widerspruch in der Haltung der Landsberg, Heine u. Co. unterstreicht der Leitartikel der „Volkstimme“ mit folgenden Worten:

„Gewiß: eine motivierte Zustimmung, die Motivierung würde zeigen, daß die Sozialdemokratie kein Jota von ihren Grundsätzen aufzugeben entschlossen ist und nur aus tatsächlichen Gründen dem Gesetz zustimme. Aber glaubt man, daß die Majoren das verstehen werden? Daß sie es nicht als Doppeltrick empfinden werden, was tatsächlich lediglich strategisches Manöver war? Man höre einmal in die Betriebe und Kreise der Arbeiterbewegung und die Antwort ist eine klare Abweisung dieser Taktik.“

Um aber noch zu betonen, daß diese Auffassung nicht nur die des „Volkstimme“ darstellt, erwähnt der Leitartikel, daß der Bezirksvorstand Chemnitz-Grzegorz des SPD „sich bereits mit der ganzen Materie befaßt, alle Gründe in sach-

Der Erwerbslosentongress in Oberschlesien

Gletwich, 20. Februar.

Gestern fand in Zabrze die gemeinsame Erwerbslosentongress statt, die von dem gemeinsamen Komitee aus Vertretern des ADGB, der SPD und der KPD vorbereitet war. Die Unterbesetzung des ADGB, stellte die Konferenz, die von 135 Delegierten, darunter 124 Situmberechtigten, beacht war. Von den Delegierten waren 101 gewerkschaftlich organisiert und 23 unorganisiert. Als Vertreter der KPD war Genosse Koenen anwesend, während vom Parteivorstand der SPD Stellung ergingen war.

Der Vorstand der Konferenz hat erkennen, daß die Bezirksorganisationen des ADGB und der SPD von den zentralen Stellen aus eingehend bearbeitet worden waren. Das zeigte sich vor allem darin, daß die ADGB-Vertreter keine Beschlüßfassung über konkrete Kampfmaßnahmen, die vom ADGB-Vorstand gefordert werden sollten, zuließen. Nachden die ADGB-Referenten über die gewerkschaftlichen Maßnahmen und die organisatorischen Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesprochen hatten, nahm Genosse Koenen zu einer halbseitigen Rede das Wort. Er zeigte die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit auf, durch einseitigen Kampf die schweren Gefahren des Lohnabbaus, der Arbeitszeitverlängerung, der Kurzarbeit und des Erwerbslosentums zu bekämpfen. Stellung für die SPD verzichtete auf das Wort.

In der Diskussion wurde das Elend der Provinzorte, insbesondere der kleinen Landorte, durch Ausführungen der Erwerbslosen-Ausschüsse scharf beleuchtet. Lebhaft wurden zahlreiche Beschwerden wegen unzureichender Hilfen von der Erwerbslosenunterstützung erhoben.

Von den Beschlüssen ist wesentlich die einstimmige Annahme einer Resolution, die gemeinsam mit der ADGB-Aktion ausgearbeitet wurde, woran in allen Dingen gewerkschaftliche Erwerbslosenausgänge geknüpft werden sollten. Diese Ausschüsse sollen im Ortsausgang eine Vertretung haben. Die sogenannten „wildem“ Erwerbslosenräte werden den gewerkschaftlichen Ausschüssen als Beiräte angegliedert; jedoch soll ihre Umstellung auf gewerkschaftliche Zusammensetzung nachdrücklich betrieben werden. Die Bildung des Bezirks-Erwerbslosenausschusses auf gewerkschaftlicher Grundlage wurde dem vorberreitenden Ausschuss überwiesen. Als nach diesen Beschlüssen die kommunistischen Vertreter der Erwerbslosen auch die Abstimmung über die vorhergehenden weitergehenden Anträge verlangten, wurde die Konferenz von der ADGB-Leitung, da die Tagesordnung erschöpft sei und die nachträgliche Abstimmungen nicht zulassen könnten, geschlossen. Darüber herrschte unter den Erwerbslosen große Erregung. Schließlich löste sich die Konferenz unter dem Gesang der Internationale auf.

Der Vorbereitungsausschuss wird nunmehr zur Bildung des Bezirksauschusses Stellung zu nehmen haben, um dann wieder eine Konferenz der gewerkschaftlichen Ausschüsse zu ermöglichen.

Friedensmiete erst am 1. Juli

(Eig. Draht.) Berlin, 22. Februar.

Der Steueraussschuß des Reichstages beriet am Sonnabend über den Antrag der KPD und SPD, die Heraufhebung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleich bis zum 1. April d. Js. erfolgen sollte, bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben.

Finanzminister Reinhold, der für jene Steuergehende an die Festhalten viel Geld braucht, wandte sich in äußerst scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden drängten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Hauszinssteuer ergibt. Zahlen die Mieter nicht, so könne auch das in Aussicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauerlich sei daß Preußen und Sachsen die Mieten nicht bereits nach ein hundert Prozent herangebracht haben, so daß jetzt am 1. April die Miete um 16 Prozent der Friedensmiete heraufgesetzt werden müßte. Die Vertreter der Länder, vor allen Dingen Preußen, aber auch Bayern, Hamburg und Sachsen, forderten in derselben Tonart unbedingt zum 1. April die hundertprozentige Miete.

„In der einstimmigen Entscheidung ist das eben um des sachlichen und auch des politischen Erfolges willen die Situation unter allen Umständen rein und klar gehalten werden mußte.“ Der Leitartikel behauptet dann weiter, daß die sozialdemokratischen Bezirksfunktionäre „sich mit aller Verantwortungslosigkeit“ auch über die Situation klar waren, die daraus entstehen könnte, wenn alle bürgerlichen Kompromißanträge abgelehnt und nur das von der KPD und SPD eingereichte Volksbegehren und Volksentscheid durchgeführt sei. Ebenso richtig wird dann betont, daß „keine Regierung es wagen könne, gegen etwa 18 Millionen Stimmen (bei einer enormen Niederlage des Volksentscheids) und eine im Kampf gefestigte Arbeiterkraft hinter die Zusetzändnisse zurückzugehen, die sie vorher im Reichstag zu machen gewillt war“, um dann wörtlich fortzufahren:

„während aber eine unklare Haltung die Aktion des Volksentscheids von vornherein gefährden und der eigent-

lichen Dingen das Proletariat belastet und auch die kleinen Gewerbetreibenden äußerst schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsneubaus ist ohne weiteres auch ohne erhöhte Einnahmen aus der Hauszinssteuer zu erreichen, da bisher über 75 Prozent der Hauszinssteuer von Länder und Gemeinden zur Erleichterung der Steuerlasten für die Beschäftigten und nur 25 Prozent zur Förderung des Wohnungsneubaus verwendet werden.“

Trotzdem noch einmal ein Vertreter der Preußenregierung die rasche Angleichung der Mieten in Altwohnungen an die Mieten der neuerstellten Wohnungen, also Verdoppelung der Friedensmieten, gefordert hatte, zeigte er sich doch, daß die Bourgeoisie erst Mittel suchen will, um der sich bildenden Kampffront der Mieter entgegenzutreten zu können. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1928 in Kraft treten soll.

Die Lutherregierung gegen den Volksentscheid!

(Eig. Draht.) Berlin, 22. Februar.

Die Lutherregierung setzt ihre Bemühungen, den Volksentscheid zu sabotieren, fort. Am Sonntag sprach im Berliner Rundfunk ein Ministerialdirektor, er betonte, daß jeder das Recht habe, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Volksentscheid durch Stimmhaltung zu bekunden. (!) Damit werde erreicht, daß die benötigte Stimmzahl nicht aufgebracht werde und ein Erfolg des Volksentscheids nicht in Frage komme.

Höring und Zimmer sammeln für den Zeppelin

Die Zeppelin-Generalspende wird nach einer Meldung der Telegraphen-Union in den verschiedensten Bezirken wiederum neu aufgelesen. Es ist nicht anmerksamer, daß zu diesen Bezirken die Provinz Sachsen und der Freistaat Anhalt gehören, wo die Organisation der Spenden durch den Oberpräsidenten Höring übernommen wurde. Auch in Niederschlesien hat sich der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer an die Organisation gestellt.

Nach den standardsen Vorgängen, die vor längerer Zeit über die Verwendung der gesammelten Gelder in die Öffentlichkeit gedrungen sind und auf Grund deren die Zeppelin-Generalspende zeitweise eingestellt werden mußte, ist die Beteiligung der Sozialdemokraten Höring und Zimmer an dieser nationalistischen Unternehmung um so scharfer zu verurteilen. Für den Volksentscheid für die entschuldigungslose Entregnung der Fürsten haben beide bisher weniger Energie aufgewendet.

Sport vom Sonntag

Breslau, F. S. B. I gegen West I 5:3.

Das Freundschaftsspiel fand bei sehr schlechten Bodenverhältnissen statt. Den zahlreich anwesenden Zuschauern wurde ein flottes und faires Spiel gezeigt. Kurz nach Beginn fand das Spiel zugunsten West 2:0. Doch bereits zur Halbzeit hatte F. S. B. die Führung (4:2). Nach der Pause erzielte jede Mannschaft je ein weiteres Tor.

Hausdorf. Der Kynauer Arbeiter-Radfahrbund „Solidarität“ veranstaltete einen gut gelungenen Familienabend. Eine Sammlung für die Rote Hilfe brachte 6,55 Mark ein.

Partei statt der erstensüßweise von Tag zu Tag zu beobachtenden Kraftsteigerung eine Kraftverminderung und Vähmung bringen könnte, so daß aus der sachlichen Niederlage auch noch eine politische entstanden wäre.“

Nachdem noch im Artikel darauf hingewiesen wird, daß selbst auch nach abgelehntem Volksentscheid die bürgerlichen Parteien sehr geschwächt und durcheinander gewürfelt sein werden, heißt es dann zum Schluß:

„Dieser Volksentscheid birgt alles in sich, was wir uns an politischen Kardinalfragen nur denken können: Erziehung zur Verantwortlichkeit demokratisches Examen des Volkes, Demaskierung der bürgerlichen Parteien, Stellungnahme zur Republik oder zur Monarchie. Diese großen Fragen sollten wir nicht durch diplomatische Ueberbückung in einen Nebel hüllen. Die Entscheidung ist schwer, aber sie ist grundlegend für die fernere Entwicklung.“

Das Schandkompromiß über die Arbeitslosenunterstützung

Das Zentrum vertritt die Erwerbslosen

(Sig. Traht.) Berlin, 22. Februar.

In der Einmündigkeit des Reichstages wurden das deutsch-amerikanische Handelsabkommen sowie das Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer (bisherige Bestimmungen) beschlossen. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Der Reichstag hat die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Aus den Ausschüssen

Verhandlungen um das Reichsinvalidengesetz

(Sig. Traht.) Berlin, 22. Februar.

Die Reichstagsausschüsse haben über das Reichsinvalidengesetz verhandelt. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Der Regen des Damokleischwerts

Die „Weltorientierung“ des Jungdeutschen Ordens

Der Jungdeutsche Orden, dessen Hochmeister der Oberleutnant a. D. Max von ... ist, hat eine neue Zeitschrift herausgegeben. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenunterstützung folgten. Am Freitag geführte Verhandlungen des Reichstages über die Arbeitslosenunterstützung.

Zur Ruderstattung zu viel bezahlter Lohnsteuer

Das oben erwähnte vom Reichstag angenommene Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer lautet in seinen wichtigsten Bestimmungen über Ruderstattung zu viel bezahlter Lohnsteuer.

Wenn eine Veranlagung für 1925 nicht erfolgt, sind Steuerbeträge, die vom Arbeitslohn einbehalten worden sind, auf Antrag zu erstatten, wenn:

- 1. infolge Verdienstauffalls der steuerfreie Lohnbetrag in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist,
- 2. besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, soweit sie nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages berücksichtigt worden sind.

Dies gilt auch, wenn der Arbeitslohn nicht für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden ist und der Steuerabzug nach § 74 erfolgt ist.

Im Falle des Abs. 1 Nr. 1 ist einem Arbeitnehmer der glaubhafte Lohnbetrag nicht in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist, auf Antrag für jede volle Woche des Verdienstauffalls:

- a) wenn es sich um einen ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt, ein Betrag von 2 Reichsmark,
- b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 Reichsmark,
- c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 Reichsmark

zu erstatten. Auf volle Stunden werden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat als Tag gerechnet. Für den Familienstand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Anträge nach § 2 müssen spätestens bis zum 30. April 1926 eingereicht sein.

Millionenschwundel eines schlesischen Großgrundbesizers

Aus Sagan wird von der bürgerlichen Presse gemeldet, dass ein in die Millionen gehender Kreditschwundel hat das Rittergutsbesitzerpaar Bergner in Neuwaldau getrieben. In dem es Hunderte von Gläubigern um ihre Darlehen betrug. Dieser und 500 Betragsfälle betraut worden. Gegen das Ehepaar sind nicht weniger als 160 Haftbefehle erlassen worden. Das Schwindlerpaar lebte zuerst in Berlin und gab in dortigen und auswärtigen Zeitungen Kreditgesuche auf, mit dem Versprechen hoher Zinsen. Zahllose Forderungen wurden die Wohnungseinrichtung verpfändet. Weiter gab sich Bergner als Besitzer eines Gutes bei Margrabowa aus und verpfändete dieses Gut. Später kaufte er sich das Rittergut Neuwaldau und nahm darauf einen Kredit von 200.000 Mark auf. Frau Bergner ist verhaftet.

Ruffet die Rindeln zu mir kommen...

Die „Frankfurter Volksstimme“ berichtet: In der Hauskirche des Bischofs der Michaelskirche in Fulda heilt der langjährige Kanzler der bischöflichen Anstalt Hieronymus Gutberlet, nach seiner Pensionierung in Stellung als Ruder gefunden. Als solcher bewies er ein besonderes Interesse an der weiblichen Schuljugend, das nach Verlauf von einigen Monaten der „Kinderfreund“ mit der § 176 des Strafgesetzbuches in Konflikt brachte. Unter Freisprechungen von Süßigkeiten, verstand es der Frömmeler, zehn bis zwölfjährige Mädchen in die unterirdischen Gemäuer, die Krypta, zu locken, um ihnen angeblich die Lebenswürdigkeit der allerbüchigen Michaelsbasilika mit unterirdischer Krone zu zeigen. Dort hat sich der 65 Jahre alte Frömmeler an verschiedenen Mädchen unzüchtig vergangen. Die Sache kam zu Anzeige, und jetzt stand Gutberlet vor dem Großen Schöffengericht wegen Sittlichkeitsverbrechen. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde als strafverjährbar hervorgehoben, daß der Angeklagte die unzüchtigen Handlungen an gemeinhin Orten begangen habe. Gutberlet ist als ein eifriger Kirchengänger und Stadtkonzeptschreiber bei den übrigen Katholiken in Fulda bekannt. Das hinderte ihn jedoch nicht, sich dem Teufel Bitt zu verreiben.

Gegen diese Durchführung des Christenworts (siehe Nebenbericht) hilft nur die Entfernung der Kinder vom Religionsunterricht!

WICHTIG FÜR WÄHLBERECHTIGTE!

Die Gemeindegremien sind verpflichtet, je nach der Größe der Gemeinde eine entsprechende Anzahl Eintragungszettel auszugeben, damit die Wählerlisten korrekt, das heißt vollständig, erstellt werden können. Die Eintragungszettel sind so zu gestalten, daß auch die beruflich tätigen Einwohner der Eintragungsberechtigten haben. Unsere Gemeinden haben die Pflicht, diese Maßnahmen des Gemeindevorstandes zu kontrollieren.

Eintragungsbescheid ist in die Listen in jeder wahlberechtigten deutsche Staatsangehörige. Wahlberechtigt ist jeder 20 jährige Deutsche, der in seinem Wohnort in die Wählerlisten eingetragen ist. Wer bei der letzten Reichstags- oder Präsidentschaftswahl gewählt hat, steht in den Wählerlisten. Alle übrigen Wahlberechtigten können bei ihrer Gemeindebehörde nachfragen, ob sie, falls sie inzwischen 20 Jahre alt geworden sind, oder erst jetzt in die Gemeinde neu zugewogen sind, ob sie in die amtlichen Wählerlisten aufgenommen worden sind.

Wer während der Eintragungzeit nicht in seinem Wohnort anwesend ist, kann sich vor seiner Abreise oder durch seine Angehörigen gegen Vorlage des Meldebekandes einen Wahlchein (wie bei der Reichstagswahl) ausfertigen lassen und kann mit diesem Schein auch in anderen Gemeinden seine Eintragung in die Liste vornehmen.

Die Eintragung kann nur an den amtlichen Stellen persönlich erfolgen. Eine Sammlung von Unterschriften ist zwecklos. Es empfiehlt sich, zu der Eintragung vollständige Ausweispapiere (Paß oder Meldebekand) mitzunehmen.

Die Eintragung wird geleistet von einem Beamten, der durch die Gemeindebehörde bestimmt ist. Die Eintragung ist öffentlich. Unsere Genossen können während der ganzen Zeit der Eintragung im Lokal anwesend sein und die Auszahlung überwachen.

In Gemeinden, in denen die Insassen von Anstalten und Pflegeanstalten (öffentliche oder private Anstalten, Krankenhäuser, Kliniken, Lazarett, Erziehungsanstalten, Waisenanstalten, Heilanstalten, Erholungsheime) keinen Abstammungskennzeichen außerhalb der Anstalt aufsuchen können, müssen nach § 30 der Reichsstatistikordnung vom 14. März 1924 die Eintragungszettel in der Anstalt ausgefüllt werden und die Eintragungzeit den Anstaltsinsassen bekannt gegeben werden.

Untersuchungsgefangene und Strafgefangene (mit Ausnahme der politischen Schutzhaftgefangenen) sind nicht stimmberechtigt. Desgleichen die Angehörigen der Reichswehr und der Marine. Dagegen sind die Landespolizeibeamten (Schupo, Sipo, Gendarmerie usw.) stimmberechtigt.

**Aus den Kertern des weißen Terrors in Deutschland
Die Gleiwitzer politischen Gefangenen an ihre russischen Brüder**

An die Leinwandkaffner der Straßenbahnen
in Stalingrad.
Leure Brüder!

Trotz der Bosheit und feigen Hysterie, mit der die Henker der weißen Justiz bemüht sind, uns von unseren Genossen, die heute an der Spitze des deutschen Proletariats zum entscheidenden Schlage gegen diese blutbesudelte Gesellschaft rufen, zu isolieren, betrachten wir es erst recht als unsere Pflicht, die Verbindung mit der kämpfenden Arbeiterschaft und darüber hinaus mit dem internationalen Proletariat aufrechtzuerhalten. Besonders unsere Presse, in der die Mittelungsblätter der Roten Hilfe werden uns verweigert. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Genossen aus Gleiwitz...

...und erhebt an jedem Arbeitsplatz die Fahnen der Arbeiterbewegung. ...

„Es lebe die Weltrevolution! Es lebe das Bündnis des internationalen Proletariats!“

Aus Kerkermauern senden Euch die brüderlichsten Grüße
Eure Genossen.

Belegchäftsverammlung der Juchgrube in Weiskstein

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)
Die am 16. d. Mts. einberufene Belegchäftsverammlung erfreute sich eines guten Besuches. Kollege Hanisch gab den Tätigkeitsbericht der Betriebsräte vom Jahre 1925. Mandates Kollegen Handlungsweise wurde dabei schwer gerügt, indem sie sich durch schmutzige Handlungen ihr eigenes Grab gruben. Im vorigen Jahre sind auf der Juchgrube 90 000 Ueberblättern verfahren worden. Der Bezirksleiter Hoffmann gab u. a. auch einen Bericht von der Lohnordnung, wobei er aus bereits geführten Prozessen anführte, wie notwendig es ist, daß jeder Kamerad sich organisiert und wie vielen schon auf dem Wege zu ihrem Recht verholpen wurde. Unorganisiert ist jeder dem Unternehmer preisgegeben und schwankendes Rohr im Winde. Unter Verschiedenem kamen Beschlüsse an dem Betrieb zur Sprache, welche Kollege Hanisch zergliederte und eventl. weiterleitet wird.

An unsere Inserenten
Das von der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei abgegebene Volksbegehren, dessen Statuten nunmehr für die Zeit vom 4.-17. März festgelegt ist, wird zweifellos bei der gesamten Bevölkerung größte Anteilnahme und regestes Interesse hervorrufen.
Wir haben deshalb beschlossen, am Sonntag, dem 7. März, eine
Sondernummer für Volksbegehren
herauszugeben, die in vergrößertem Umfang das gesamte, die Fürstenfrage in Deutschland betreffende Material publizieren soll. Da nach den Erfahrungen der letzten Wochen solche Veröffentlichungen das größte Interesse in allen Schichten der Bevölkerung finden, erscheint diese Sondernummer in einer
Auflage von 100 000 Stück
Sie findet während der gesamten Dauer des vierzehntäglichen Volksbegehrens Verbreitung und bietet somit eine selten wiederkehrende Gelegenheit, durch wirksamste Insertion die Augen großer Massen auf unsere Inserenten zu lenken. Der Verlag ist bereit, durch Berücksichtigung besonderer Wünsche, in Bezug auf Placierung usw., den Inserenten weitgehendst entgegen zu kommen.
Bei dem zu erwartenden Andrang der Inserate empfiehlt es sich, dieselben bis Mittwoch, den 4. März aufzugeben.
Verlag und Geschäftsleitung

Betriebskollagen und Arbeitslosigkeit im Kreise Gleiwitz
Ein Arbeiter aus Sadiß schreibt uns: Als einzige arbeitet hier die Dierig-Jabrik voll, bis auf die Spuler, die nur fünf Tage arbeiten. Das Sägewerk ist stillgelegt. Die Schreinerei und Schmiede sind verpachtet. Zigarettenfabrik Tschervenei arbeitet nur drei Tage. Das Bauhandwerk ruht so ziemlich vollständig im ganzen Kreise. In Schlanen mußten die Erwerbslosen für die Unterführung Gleiwitz gehen. Sogar das Dominium Göltenau hat Kurzarbeit eingeführt, obwohl vergangenes Herbst wegen Arbeitermangel zwei Teilmieten von 47 und 35 Morgen in Sadiß stehen gelassen wurden.
Verantwortlich für den gesamten Text: Paul Welt, Breslau
für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schließliche Verlagegesellschaft, GmbH, Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Fil. Breslau.

**Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne**
Telephon Stephan 37 460
Montag, Mittwoch
Donnerstag u.
Sonntag, 8 Uhr:
Gastspiel Eily Leux —
Auftreten Walter Jankuhn
Die Teresina
Dienstag abends 8 Uhr:
Gastspiel Eily Leux —
Auftreten Walter Jankuhn
Der Orlow
Freitag abends 8 Uhr
Gastspiel Eily Leux —
Auftreten Walter Jankuhn
**Zum 50. Male:
Der Orlow**
**Beifedern
Daunen**
billiger Verkauf im Spezialgeschäft
Herzig, Wettblastr. 100, 1.
am Wasserplatz — kein Laden —
Straßenbahn wird vergütet.

**Stadt-Theater
Breslau**
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 21. bis 28. Februar
Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr
Symphonik-Konzert
zum Besten des Pensionsfonds des
Stadttheater-Orchesters
abends 7 1/2 Uhr
In vollständiger Reingestaltung
Rigoletto
Montag, abends 7 1/2 Uhr
Carnaval in Rom
Dienstag, abends 7 Uhr
Der Rosenkavalier
Mittwoch, nachm. 3 Uhr
Vorstellung für die Erwerbslosen
(kein Kartenerkauf)
Andine
abends 7 1/2 Uhr
Così fan tutte
Donnerstag, abends 8 Uhr
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag: **Siegfried**
Freitag, abends 7 1/2 Uhr
Rigoletto
Sonntag, abends 6 1/2 Uhr
Die Meisterfänger von Nürnberg
Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr
Eintägige Wiederholung
(in 2 Abteilungen)
Der Tanz im Wandel der Zeiten
2. Abteilung
Von der Blütezeit des Balletts bis zur
Gegenwart
(kleine Preise)
nachmittags 3 1/2 Uhr
Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten
Preisen
Der Kiegender Holländer
abends 7 1/2 Uhr
Jeannette

**Lieblich
Theater**
**Internat. Varieté
Breslau**
Tel. Stephan 34 646
1.-28. Febr. 1926
Täglich 8 Uhr
**2
Sensations-
Gastspiele**
mit
To Rhama
das größte Rätsel
**Karl
Sandwina**
genannt:
**Der walblüchle
Breitbart**

Lobetheater Der frühliche Weinberg Vorstellungen Eurythmischer Kunst Das große Welttheater Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Caesar und Kleopatra Caesar und Kleopatra Caesar und Kleopatra Caesar und Kleopatra Der Kreidekreis Caesar und Kleopatra Caesar und Kleopatra	Sonntag, 20. 2., 8 Uhr Sonntag, 21. 2., 11 1/2 Uhr 8 1/2 Uhr Montag, 22. 2., 8 Uhr Dienstag, 23. 2., 8 Uhr Mittwoch, 24. 2., 8 Uhr Donnerstag, 25. 2., 8 Uhr Freitag, 26. 2., 8 Uhr Sonntag, 27. 2., 8 Uhr Sonntag, 28. 2., 8 1/2 Uhr 3 Uhr Montag, 29. 2., 8 Uhr	Challatheater Der Diener zweier Herren Der Kreidekreis Der Kreidekreis Zum 65. Male Der Kreidekreis Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg Der frühliche Weinberg
--	--	---

Die Broschüre von Paul Fröhlich:
**Keinen Pfennig
den Fürsten!**
ist eben erschienen
Preis 10 Pf. / 32 Seiten stark
zum Massenvertrieb geeignet
Bestellungen schnellstens an
Büchervertrieb:
Breslau, Trebniger Straße 50
Gleiwitz, Hütenstraße 2
Filialen:
Görlitz, Nikolaistraße 11
Waldenburg, Cochiusstraße 6
Langenbielau, Weiskulstr. 61

Arbeitsgemeinschaft der freigestellten Verbände Görlitz
Öffentlicher Vortrag
Der ehemalige
Franziskanerpater Amon
spricht am Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr
im Konzerthaus
über **„Die Kirche u. die Gegenwart“**
Alle Gesinnungsfreunde sind herzlichst eingeladen
Karten zu 20 Pf. erhältlich: Volksbuchhandlung, Mittelstraße
31, Zittauer Straße 77, Jacobstr. 12, Zigarrengeschäft, Landes-
kreuzstraße 24, Geschäfte der Arbeiter-Zeitung
Nikolaistraße 11 und im Welt-Panorama

Bettnässen
Jeden Mittwoch
u. Freitag
hausärztliche
Rat- u. Leberarzt
jeden Donnerstag
frühe Ratwahl
jeden Abend
warme Knollen-
suppe u. Feinliche
empfehlen
**Die Gottschalk
Märkte**
Markt Nr. 28.

Führer durch die Geschäftswelt der Waldenburg u. Umgegend.

Ober-Salzbrunn

Oskar Reigber
Schneidwaren
Arbeiter-Konfektion
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei
Fürstensteiner Straße 32

Julius Juff
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau
Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhausen Nr. 5

Gotthard Sillert, Blumenau 19
Lebensmittel - Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thielsch
Obst - Gemüse - Vorkostwaren
Blumenau 27.

Waldenburg

Ernst Dacke
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage.
Billigste Bezugsquelle in
Schuhwaren aller Art
Kein Laden. Kein Laden.

Roßfleischerei
Franz Häusler
Mühlentstr. 24 :: Tel. 654

Landeshut

Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilhelmstraße 3
Spezialität: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor

Likörfabrik
Zigarren-Spezialgeschäft

Adolf Schwarzer
Breitenau
Bäckerei :: Kolonialwaren
Zigarren - Spirituosen

Glas, Porzellan und Steingut
L. Gutmann's Nachf.

Fritz Hanke, Feinzeuggeschäft
Suppenfleisch Vertriebsstraße 2

Giegsfried Barasch
Kirchstraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mützen
Schnittwaren

Roßfleischerei Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren

Willy Grunz, Friseurgeschäft
Schleichhausstr. 32

Hermann Aberle
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Schleichhausstraße 31
Lebensmittel, Kurz-, Porzellan-
waren - Rauchwaren

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettfedern
Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren
Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachf. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager
Spezialgeschäft
für Naturheilpräparate
Hauptstraße 63

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Parfümwaren
Porzellan u. Topfwaren

Freiburg

Conrad Werner
Fleischerei und Wurst-Fabrik
Frühstückstube
Kirchstraße 16

Richard Burkert
Bäckerei
Konditorei und Bestellgeschäft
Striegauer Straße 10

Carl Müller
Neumarkt II. Bahnhofstraße 18
Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Weine und Tabakwaren

H. Giersch
Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramstaggasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konditorei
Landeshuter Straße 45.

Kaufhaus
R. Hanke
Weißstein

W. Schweltzer & Sohn
Spezialhaus
für Schuhwaren, Leder und
Bedarfsartikel
Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Schubert
Kolonialwaren
Delikatessen

Erich Dresel
Landeshuter Straße 13
Manufakturwaren
Damen-, Herren-,
Kinderkonfektion

Gustav Kothe
Fleischerei und Wurstgeschäft
Burgstraße 4.

Ernst Steiner, Burgstraße 8
Schuhwaren
in bekannter Güte zu billigsten Preisen.
Mach- u. Reparaturwerkstatt.

Kolonialwaren
E. Seidel
Sandstraße Nr. 2

Owald Bräuer
Landeshuter Straße 55
Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Brix, Waldenburger Str. 32
Lebensmittel - Tabakwaren - Spirituosen

Jauer

Geschäftshaus größten Stils
für Modewaren, Ausstattungen
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion

H. Sittenfeld, Jauer
Billigste, feste Preise

.....
? ? ?
.....

Max Berger
Blücherstraße 24
Buchdruckerei
u. Papierhandlung

Alois Zimmermann
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Spezialität:
Echt Hausbackenbrot

Altwaren-Geschäft
Wilhelm Brühl
Kirchstraße 3

B. Landmann
Zigarrenfabrik
Wein-Großhandlung
Zigarren-Import

Schokoladen, Konfitüren
Süßigkeiten kaufen Sie gut
und preiswert bei Frau
Margarete Neumann
normalis Billi Neumann, Ring 24

Emil Bruchmann
Vorkost-
Obst- und Gemüsehandlung

Karl Kabner, Altjauerstr.
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fritz Knoll
Fahrräder - Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen
Gneisenausr. 3c

A. G. Lindner
Bäckerei
Neumarkt 12

Schweidnitz

Martin Gräber
Alle Schreibwaren, Papierzettel für
Schule, Haus, Büro und Geschäft, Waren-
kassett über Art. Gummekalender, Kalendarien,
Kaufzettel u. Druckbogen aller Art, Ver-
triebs-Apparate, Typendruckmaschinen etc.
Eigene Werk- u. Reparaturwerkstätten
Burgstr. 14/16 neben Café Markt!

Schäferbrot zu haben bei
Willy Berger
Bismarckplatz Langstraße 66

Arbeitsbekleid. kaufen Sie gut u. billig bei
Ernst Hanke
Breslauer Straße 6

Lebensmittelhandlung
A. Närrlich, Breslauer Str. 34.

Miel's Altwaren-Geschäft
Büttnerstraße 22

Roßfleischerei
Alfred Klapper, Schweidnitz
Büttnerstr. 4, Telefon 574.

Fritz Wenzel's
Fleischerei und Frühstückstube
Büttnerstr. 12

Reserviert

C. Leopold, Langstr. 8
Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstückstube

H. Thielscher Nachf.
Kolonialwaren
Hohstraße 1

Polsnitz

Oskar Hensel
Polsnitz 17
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Wüstegiersdorf
Adolf Blümel
Gemischtwaren
Wüstegiersdorf 148

Altwasser

Kronen-Lichtspiele
Altwasser
Jede Woche neues Programm

Joseph Bienias
Kolonialwaren
Tabakwaren

Max Stein
Kolonialwaren
Vorkostgeschäft

Hugo Müller
Eifernes Kreuz
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-
und Schnittwaren

Nieder-Hormsdorf

Emil Bunzel
Kolonialwaren
Spirituosen

Resthaus E. Hornich
Bettfedern
Woll- und Wollwaren

Dittersbach

Wilhelm Langer
Hauptstraße 28
Fleischerei und Wurstgeschäft

Richard Simon
Hauptstraße 208
Fleisch- und Wurstwaren

Striegau

Josef Müller
Bahnhofswirtschaft Striegau-
Stadt und Gräben Nr. 35
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Bolkenhain

Hermann Brückner
Zigarren-Fabrik
Niederlauben

Otto Müller
Fleischerei u. Wurstgeschäft
Ring 9.

Gottesberg

Zigarren, Tabak, Zigaretten
kaufen Sie gut und billig bei
Franz Leonhardt, Gottesberg
Fürstensteiner Straße 38

Eduard Richter & Sohn
Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
Fürstensteinerstraße 14

Roßfleischerei

Karl Martin, Felshammer
Gottesberg, Fürstensteinerstr. 33
Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

Mois Kreisel
Niederstraße 13
Kurz-, Woll- u. Schnittwaren
empfiehlt sich
als billigste Bezugsquelle

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Grüssauer Straße 47

Du schaffest der Bewegung

wenn Du einen
Geschäftsmann unterstützt,
der nicht in

Deiner Zeitung
inseriert!

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.

Kaufen Sie Zigarren, Zigaretten, Tabake

in unseren Filialen:
Waldenburg, Ring 12 + **Sandberg**, Waldenburger Straße 31
Gottesberg, Alte Bahnhofstr. 4 + **Schweidnitz**, Langstraße 20

Kommunistische Bemerkungen zum Gemeindehaushaltplan 1926

Von Georg Biase, Grotz.

Mit der Aufstellung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben der Gemeindehaushalte des Jahres 1926 beschäftigen sich jetzt schon mehrere Gemeinden. Die Beratungen in den Kommissionen werden demnächst ihren Anfang nehmen.

Ein Finanzgesetz soll Reich, Land und Gemeinde aus den Steuern befreien. Die Milliardenschulden, welche Deutschland aus dem Dawesplan übernommen hat, erschwert von Arbeitern, sollen durch Steuerbeitreibungen der Gemeinde gedeckt werden. Die Gemeinde als Gerichtsvollzieher für Land und Reich! Diese vereinnahmten Einkommen- und Grunderwerbsteuern, die Gemeinde kann Zuschläge erheben. Gegen das reaktionäre Treiben des Gesetzgebers hat die Gemeinde einen entscheidenden Kampf zu führen. Wir haben das Selbstverwaltungsprinzip der Gemeinde konsequent zu verteidigen, die durch die Gemeinde erhobenen Steuern sind dieser zu belassen. Unsere Mindestforderung ist, daß prozentual der größte Teil von Staatssteuern der Gemeinde verbleibt. In einem solchen Falle könnte eine Staatsregierung nicht wie bisher, Industriellen und Großagariern übermillionen verschenken, für Kassenzettel 15 Millionen und für die Befämpfung der Lungentuberkulose nur 100 000 Mark im Etat ansehen. Wehnt das Treiben einer Gemeinde ist dem Arbeiter greifbarer, das reaktionäre Handeln der Verwaltungsinstanzen liegt dann offener und so würde es manchem Arbeiter zur Erkenntnis gelangen, daß es höchste Zeit ist, den Sebel an diese Wirtschaft anzusetzen.

Dem Etat der sozialen Fürsorge werden wir insbesondere unsere Aufmerksamkeit schenken. Jedem Hilfsbedürftigen in der Gemeinde das Existenzminimum, genügende Ernährung und Erholung! Jede künstliche Herabsetzung der Zahl von Hilfsbedürftigen bekämpfen wir auf das Schärfste. Das Gegenteil müssen wir fordern. Die Zahl der Hilfsbedürftigen muß höher ansteigen und diesbezüglich die Summe im Etat angegeben werden. Im Jahre 1927 werden Erwerbslosigkeits, Glend der Sozial- und Kleinrentner, der Armen, der Hilfsbedürftigen Mütter, Säuglinge, Invaliden usw. bestimmt nicht geringer.

Der Etat für Baugesamtheit muß Summen vorsehen, welche der Gemeinde ermöglicht, einen umfangreichen Bau von Arbeiterwohnungen durchzuführen. Zu berücksichtigen haben wir dabei die Zahl der Wohnungslosen (der wohnungssuchenden Flüchtlinge in Oberschlesien). Ganz entschieden werden wir uns gegen das Vertreiben der Gemeinden, den Wohnungsbau aus dem Etat zu streichen und dafür die private Bauwirtschaft mit Gemeindegeldern zu unterstützen. Die Profitrate für den Privatunternehmer fällt fort, wenn die Gemeinde selbst baut. Verbilligung der Baufkosten und der Mieten ist hierbei der Zweck unseres Kampfes!

Dem Steueretat wenden wir uns besonders zu. Erfassung der Inflations- und Spekulationsgewinne durch eine Wertzuwachssteuer. Hohe Luxussteuern. Ablehnung der Hauszinssteuer, der dem Landtag im Entwurf vorgehenden Gebäudeeinkommensteuer. Ablehnung aller Steuern, die durch Umlage die Mieterschaft zur Lasten. Steuerliche Entlastung der Kleinbauern, Kleinhandwerker, Ablehnung aller Steuern, welche die Arbeitskraft unmittelbar belasten (geplante Zuschlagssteuer vom 1. 4. 1926 ab, auch auf Arbeitereinkommen) ebenso Steuern, die den Konsum belasten und die Verteuerung der täglichen Bedarfsartikel zur Folge haben. Von Fall zu Fall werden wir untersuchen, ob die kleinen Steuern: Lustbarkeitssteuer, Hundesteuer usw., aus Zweckmäßigkeitsgründen anzunehmen, zu erhöhen oder abzulehnen sind. Unser Steuerkampf ist gerichtet auf die Entlastung des werktätigen Volkes und auf die Ersparnis des Staatsbudgets, des Kapitals. Für die Steuerhoheit der Kommune! Gegen die Entrechtung durch den Staat.

Die Finanzwirtschaft der Gemeinde ist ein Kapitel für sich. Wenn wir auf der einen Seite fordern, größere

Anteile aus dem Staatsetat zu haben, wir werden nicht darauf verzichten, daß mit den Gemeindegeldern nicht schuldlos getrieben wird. Auf die Vergebung von Arzteesen, Erleichterungen auf die Einkünfte zu verzichten. Unberechtigt sind nicht zu erheben. Wir bekämpfen die Verleihung von Geldern an Privats. In Verbindung damit steht auch die Frage der gemeinlichen Spar- und Strafen. In welchem Verhältnis haben die Gemeindegeldern zu diesen Geldleistungen? Wer bekommt Darlehen? Es sind dies Gelder aus den Guthaben der kleinen Sparer und eventl. der Gemeinde! Die bürgerliche Gesellschaft beliebt gegenüber der Öffentlichkeit Theorien der Ehrlichkeit. Sie schafft sich aber Rands, um ungehindert zum Profite zu kommen. In inniger Verbindung mit den Arbeitern und Angestellten in den Gemeindebetrieben stehend, muß der kommunistische Gemeindegewerkschaft neben dem Kampf um höhere Löhne und den Achtstundentag auch dafür eintreten, daß die Betriebsverwaltungen "Arbeiter- und Angestelltenräte" in den Kommissionen Sitz und Stimme haben, um so die Arbeiter der Gemeinde ständig unterrichten zu können.

Die Privatwirtschaft ist drauf und dran, den Gemeinden Grund und Boden unter verschiedenen Vorwänden



Die hingen Ratgeber

und Mähen abzugeben. Scharf müssen wir dagegen Front machen. Dafür sorgen wir aber für eine Verbilligung der Gemeindepunkte (Gas, Wasser, Licht) an Mindestbemittelte. Es muß möglich sein, Unbemittelte, Erwerbslose von diesen Abgaben zu befreien. Mit Vorliebe ergötzt sich die bürgerliche Gesellschaft an Staatspositionen: Patronatsbeitrag, Lenz, Käntig, Schühengilde, Streifenwehrfonds, „Sonstige“ Ausgaben, Polizeietat usw. Sinnes mit diesem Munder. Streichung aller sterilen, arbeitferndlichen Positionen und Etats. Die Polizei stellt sich die Arbeiterkraft selbst!

Die Etatsberatungen im allgemeinen geben dem Arbeiter Gelegenheit, zu beobachten, wie das Kapital befreit ist sich zu festigen, sich die Machtpositionen auszubauen. Sind die Regierungen im Reich und Land treue Vertreterinnen der internationalen kapitalistischen Ausbeutung, so sollen die Gemeinden ihre willigen Werkzeuge sein. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterkraft auf diese Kampfstellung der Bourgeoisie hinzuweisen. Außenparlamentarische Aktionen der Arbeiter müssen unseren parlamentarischen Kämpfen das Leben geben. Die kommunalpolitische Arbeit hat viel Fingerringen und Schlingengewächse. Das darf und wird uns nicht beirren.

Nach immer Sacco und Vanzetti!

Am 15. April 1926 wurde im Staat Massachusetts in der Stadt Boston der Justizminister ein Schubladentisch von Bomben ermordet und brennt. Der Mord ist eine geschickliche Emulation und die Polizei mußte ihre Ehre darin sehen, den Täter habhaft zu werden. Sie verhaftete bald darauf die beiden italienischen Einwanderer Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, die im Staat Massachusetts als besonders aktive Agitatoren der „Arbeitler der Welt“ und Führer einiger Kreise schon während der Arbeitszeit bekannt waren. Diese beiden Arbeiter hatten sich bei besonderen Hoff der amerikanischen Geheimpolizei angeboten, da sie in Besitz von Materialen über die unerhörten polizeilichen Untersuchungsverfahren gelangt waren. Kurz vor ihrer Verhaftung hatte sich der revolutionäre Arbeiter Galvino in der Verzweiflung über die Methoden des polizeilichen Verbores aus dem 4. Stock des Polizeigebäudes auf die Straße gestürzt und getötet. Dieser Fall, der unter den Arbeitern der Gegend größte Empörung hervorgerufen hatte, war für Sacco und Vanzetti Veranlassung einer Kampagne gegen die Foltermethoden der Geheimpolizei geworden.

Auf Grund aller dieser Tatsachen schienen Sacco und Vanzetti in den Augen der Polizei die geeigneten „Latter“ in der Vorabfrage des Justizministers. Sie wurden des Mordes angeklagt und in einem allem Recht höhnsprechenden Verfahren zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. In dem Prozeß erschienen

die niedrigsten Elemente der Verbrechertum als gefaschte Zeugen der Anklage. Elemente, die in einem normalen Kriminalprozeß sofort als unglaubwürdig zurückgewiesen werden würden. Ein Verbrechen, gegen den eine Diebstahlsanzeige geschwebt, machte ich werbelastende Aussagen und wurde daraufhin bedingt begnadigt. Entlastungszeugen dagegen wurden soweit irgend möglich von der Verhandlung ferngehalten. Ein Augenzeuge des Banditenmordes mit Namen Gould, der die Gesichter der Banditen genau gesehen und sogar von ihnen angeholfen worden war, erschien nicht als Zeuge, da seine Adresse nur der Anklageverteilung und nicht der Verteidigung bekannt war. Erst nach der Fällung des Todesurteils gelang es der Verteidigung, Gould zu ermitteln und ihn Sacco und Vanzetti gegenüberzustellen. Er erklärte, daß beide keinesfalls mit den Banditen identisch sein könnten.

Nach der Verkündung des Todesurteils setzte spontan eine gewaltige Protestkampagne der Arbeiterbewegung ein. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in den kleinsten Ländern Mittel- und Südamerikas und in Europa erhob sich ein wahrer Sturm. In Europa begann der Protest mit einer großen Demonstration in Leningrad und setzte sich fort in Massenkundgebungen vor den amerikanischen Konsulaten der europäischen Hauptstädte. In vielen Städten wurden die diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten von den empörten Massen ausser Acht bedroht. Unter dem Eindruck dieser Massenbewegung wagte die amerikanische Justiz nicht, das Todesurteil gegen Sacco und Vanzetti zu vollstrecken.

Die Verteidigung des Prozesses richtete im Laufe der folgenden drei Jahre fünf verschiedene Wiederaufnahmeanträge an den Richter. Bester Thayer, in dessen Händen der Fall lag. Im Oktober 1926 wurden alle fünf Anträge vom Richter Thayer abgelehnt. Damit standen Sacco und Vanzetti erneut vor der Hinrichtung. Wieder kehrte der internationale Protest ein. Die Arbeiterpresse Europas, besonders der romanischen Länder, behandelte den Fall Sacco und Vanzetti täglich in heftigen Artikeln. Massenversammlungen und Demonstrationen fanden wieder vor den amerikanischen diplomatischen Vertretungen statt. Wieder wurde die Hinrichtung aufgeschoben.

Nach endlich ist es den Verteidigern gelungen, eine erneute Verhandlung des Falles vor dem Obersten Gerichtshof des Staates Massachusetts zu erreichen. Die Verhandlung ist bereits im Gange. Ihr Ausgang wird endlich über Tod und Leben der beiden nun schon seit fünf Jahren unglücklich im Gefängnis schmachtenden Arbeiter entschieden.

Nach dem Vertreiben der Arbeiterbewegung ein. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in den kleinsten Ländern Mittel- und Südamerikas und in Europa erhob sich ein wahrer Sturm. In Europa begann der Protest mit einer großen Demonstration in Leningrad und setzte sich fort in Massenkundgebungen vor den amerikanischen Konsulaten der europäischen Hauptstädte. In vielen Städten wurden die diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten von den empörten Massen ausser Acht bedroht. Unter dem Eindruck dieser Massenbewegung wagte die amerikanische Justiz nicht, das Todesurteil gegen Sacco und Vanzetti zu vollstrecken.

Die Verteidigung des Prozesses richtete im Laufe der folgenden drei Jahre fünf verschiedene Wiederaufnahmeanträge an den Richter. Bester Thayer, in dessen Händen der Fall lag. Im Oktober 1926 wurden alle fünf Anträge vom Richter Thayer abgelehnt. Damit standen Sacco und Vanzetti erneut vor der Hinrichtung. Wieder kehrte der internationale Protest ein. Die Arbeiterpresse Europas, besonders der romanischen Länder, behandelte den Fall Sacco und Vanzetti täglich in heftigen Artikeln. Massenversammlungen und Demonstrationen fanden wieder vor den amerikanischen diplomatischen Vertretungen statt. Wieder wurde die Hinrichtung aufgeschoben.

Nach endlich ist es den Verteidigern gelungen, eine erneute Verhandlung des Falles vor dem Obersten Gerichtshof des Staates Massachusetts zu erreichen. Die Verhandlung ist bereits im Gange. Ihr Ausgang wird endlich über Tod und Leben der beiden nun schon seit fünf Jahren unglücklich im Gefängnis schmachtenden Arbeiter entschieden.

Von Hüfn zu Hüfn...

zu Hüfn...

Roman einer Frau

88] Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Das Glück der Mutter ist groß. — Die reichste, kinderlose Fürstin ist eine Bettlerin gegen die ärmste, glückliche Mutter.

Und gerade die Mütter sind es, die den Kampf am härtesten führen müssen, denn sie werden am schwersten von dem Slavenjoch gequält. Wir wollen aber unseren Kampf nicht gegen das männliche Geschlecht richten, sondern gegen die Gesetze, gegen die althergebrachten Anschauungen, gegen die Not, die uns zu Slaven der Arbeit und der Familie macht. Gegen die Schmarotzer, die von den Früchten unserer Arbeit leben — gegen die Drogen, die den Honig der Arbeitsbienen verkehren, die alle, alle in ihrem nichtsnutzigen Leben an weiter nichts denken, wie sie sich am besten ausleben können und ihre überhäufte Kraft in Wollust vergeuden.

Und da liegt das Grundübel, das an der ganzen Menschheit zehrt. Das ist der Schmutz des Romans. J... d... die S....

Erst wenn wir Frauen unabhängig vom Manne leben können, wird auch die Schmach der tatsächlichen Liebe, das Lafter, nicht mehr so häufig zu finden sein. Jede Frau, die sich auf ihre eigene Kraft verlassen kann, fühlt sich stolz und frei und wird aus eigenem Stolz sich nicht so leicht zum Lafter erniedrigen.

Diese materielle Sekretzung aber muß einen festen Grund und Boden haben. Sie darf sich nicht auf einen Götter — einen Kunstmären stützen.

Nicht jede Frau ist schön! Nicht jede Frau kann sich der Kunst widmen. Und nicht jede Frau hat den Charakter, von Geschenken leben zu wollen... Auf diesem Wege können wir der Verzerrung nicht aus dem Jünger...

Die Verfälscherin hat das Beste vergessen: Die ehrliche Arbeit, durch die allein wir in stande sind, wenn auch nur zeitweise, unseren Idealen zu leben.

Denn sie allein wehrt der Not des Tages. Die Verfälscherin hat das Selbstverachtung vergessen: die Pflicht, ohne die wir Menschen nicht im Glücke mit unseren Mitmenschen leben können. Denn je größer der Egoismus in der Welt wird, um so schmerzlicher wird das Los der Frau.

Auch könnte doch im Leben eine Zeit kommen, wo jeder Liebhaber, jeder Kunstmären vergaht... Was dann?

Auf solchen ungesunden Boden kann nur eine nervenüberreizte Frau bauen. Eine wahre, fröhliche Frauennatur wird und muß sich einen anderen Weg suchen. Und um ihn zu finden, wollen wir Frauen des Volkes zusammen kämpfen in reiner, getreuer Arbeit und uns so die Achtung und die Liebe der Männer verdienen. Denn wo Achtung ist, ist auch der Grundstein zur Liebe gelegt. Welche Frau aber würde ihren Mann einen Tyrannen nennen, wenn er sie achtet und liebt?...

Sie werden freudig zusammen kämpfen an dem großen Werke der Menschheitsbefreiung — kämpfen, um uns von der Sklaventeile zu erlösen, die seit unendlichen Zeiten von der herrschenden Klasse geschmiedet wird, und die auch in diesem Kriege wieder Millionen von Menschenleben zu Grunde richtete.

Die Verfälscherin gehört nicht zum Volk. Der arbeitsreiche Garten ist nicht für sie. Ihr Haus würde uns die mühsam gezogenen Früchte verborgen. Ihr Schwert würde nicht die unnützen Schöpfung abhauen sondern den Garten verwallen!

Als die Zeitung am Sonntag erschien, war mein Mann ganz außer Fassung und faltete dieselbe zusammen und schlug mich damit ins Gesicht, und warf sie dann in den glühenden Ofen.

Ich war ganz entsetzt über die verkehrte Wirkung, die der Artikel bei ihm hervorgerufen hatte, denn ich hatte mir heimlich selbst von diesem Schreiben viel versprochen — hatte aber nicht bedacht, daß all die Selbstkandidigkeit und sorglos überdachte Lebensauffassung ihm mehr verrotten mußten, daß der Tag nun da war, der auch mich befreite — an dem ich endlich die Faust, die mich vor dem Altar in ihre Gewalt gezwungen hatte, abwarf!

Ich war in mir selbst reif geworden und das fürchtete er mehr als meine Drohung mit einer Trennung. Frauen drohen ja so oft mit solchen Worten, sind aber zur Ausführung meistens zu schwach — torporisch und geistig.

Und ich war geistig so erklarrt, daß ich den müden Körper im begeherten Wollen mit emporriß!

Den Schlag ins Gesicht hatte ich weg, den nahm mir keiner mehr ab — und nun, da er sich eine solche Gewalttat erst einmal herausgenommen hatte, verzüchte er es oft wieder. Da verführte ich mir im Herzen, daß ein Mann, der keine Hand zum Schläge gegen mich erhebt, von mir keine Rechte mehr zu erwarten hatte, die nur die Liebe geben soll!

Da sollte eine Zeit, die ich in Worten nicht schildern kann, denn vieles ist zu niedrig und gemein, als daß es ausgesprochen werden konnte. — Nur das will ich noch hinzufügen, daß kein wuchtiger Straßenräuber gemeiner und schamloser eine hilflose Frau überfallen kann, wie ich es von meinem eigenen Ehemanne ertragen mußte. Und bei der allerletzten Aktade, da verlor ich alle Bejmung und schlug wieder zurück — ihm gerade ins Gesicht — und er, dadurch noch mehr in Wut

gebracht, hätte mich wohl zu Tode gequält, wenn es mir nicht gelungen wäre, zur Tür zu kommen, und auf die Haustür zuzuwachen, ehe er mich wieder einholen konnte.

Eine Viertelstunde später ging er zur Hochschule — seit zwei Jahren wieder ein neuer Zeittreuer, um Gelegenheit zu haben, jeden Abend auszugehen. Aber all meine Abendschulen hatten mir noch kein Stückchen Brot eingebracht. — Und an keinem Besuchen konnte ich keine höhere Bildung auch nicht erpähnen. — Was er studieren wollte oder wie er über all diese Dinge dachte, habe ich nie erfahren. Ich wußte nur, daß ich ohne Hochschule, bei all der Arbeit so viel gelernt hatte, daß ich mit jedem Menschen anständig auskommen konnte und jederzeit meine Arbeit tat — gleichgültig, an welchem Platz man mich stellte. Und diese Ansicht verhehlte ich ihm nicht mehr.

Am diesem Abend hatte er mich so elend gemacht, daß ich zwei Wochen lang todtrant im Bett lag und der Arzt sich erbot, daß er mir ein Zeugnis ausstellen wolle, mit dem ich zu Gericht gehen könnte, um mich von ihm trennen zu lassen.

Als ich meinem Manne davon Mitteilung machte, sagte er: „Gehe nur hin zum Gericht, klage, soviel wie Du willst, von mir bekommst Du doch keinen Cent. Du würdest mich nie finden, und wenn Du Himmel und Hölle in Bewegung setztest. Amerika ist groß, wer wird sich da wohl um so kleine eheliche Angelegenheiten bekümmern? Klage nur, wenn Du Geld hast, laußt Du es höchstens dabei los werden!“

Da wußte ich ganz genau, daß er schon lange mit den Verhältnissen in dieser Weise gerechnet und seine Pläne geschmiedet hatte.

Trotz aller Schmerzen hatte ich keine Ruhe im Bett, denn ich hatte für Jona ein weißes Tüllkleid in Arbeit, das bis zum nächsten Donners- tag fertig sein sollte. In diesem Tage wurde Jona aus der Schule entlassen und sie sollte das Kleid zu der Schulfeste tragen.

Manchmal, wenn der Arzt fort war, und eine neue Empfindung die heftigen Schmerzen gelindert hatte, schwante ich zur Nähmaschine und vernüchte etwas weiter zu kommen mit der Arbeit. Rastlos Schweiß lief mir am Körper hinab und die Spizen rüstet der Nähmaschine tanzten vor meinen Augen. — Da legte ich mich wohl einen Augenblick in den Stuhl zurück, bis die Schwäche vorüber war und nahte dann weiter. Im Saure durfte ich nichts Feierliches herrichten und alles, was ich für die Ausstattung ausgab, hatte ich mir nach und nach von meinen häßlichen Arbeiter zusammengepart; damit mein Mann mir keinen Vorwurf machen konnte. Hatte ich doch ab und zu einmal eine Zerstörer- oder Jahnballnarte für ein Gedicht oder eine kleine Novelle erhalten. Aber seit der Krieg ausgebrochen war, hatte ich aus Deutschland kein Pflegegeld mehr erhalten — und das war Wasser auf meines Mannes Mühle, da hatte er immer guten Grund, mit dem Leben inmier noch mehr zu verbittern.

(Fortsetzung folgt!)

Aus Betrieb und Werkstatt

Betriebszellen und Volksbegehren

Wie druden die praktischen Punkte ab, die Genosse Engel im „Parteiorgan“ Nr. 2 zur Forderung des Kampfes gegen das Postensystem gibt. Die Vor-

Die ersten Maßnahmen, die jede Zelle zur Durchführung der Kampfgaben unmittelbar treffen muß, ist die Vorbereitung der Kampagne innerhalb der Parteimitgliedschaft. Das JA. hat Anweisungen gegeben, daß in allen Ortsgruppen sofort informative Sitzungen für die leitenden Funktionäre stattfinden. Anschließend an diese Sitzungen muß jede Zellenleitung den Plan der Kampagne in ihrem Betrieb ausarbeiten, ihn einer Mitgliederversammlung der Zelle vorlegen und die Arbeit verteilen. Von den vielen Möglichkeiten der Agitation im Betrieb, die je nach der Struktur des Betriebes verschieden sind, wollen wir die wichtigsten als Beispiele aufzählen.

1. Die Gesamtbesetzung des Betriebes wird entsprechend der Struktur des Betriebes und der Größe der Zelle auf die Mitgliedschaft der Zelle verteilt, so daß jeder Genosse eine bestimmte Anzahl von Kollegen persönlich zu bearbeiten hat. In dieser Arbeit können auch die Sympathisierenden, Mitglieder des KPD, der Roten Hilfe usw. herangezogen werden. Die Genossen haben den Auftrag, täglich mit diesen Kollegen die Zeitung durchzugehen, ihnen das Agitationsmaterial (Flugblätter, Donatgeber, Zellenzetteln) zu übergeben, ihre Stimmung und Stellung zu erfragen und an die Zellenleitung (Agitationszellen) über ihre Erfolge oder Mißerfolge zu berichten.

2. Eine wirksame Verteilung des Materials ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Nur in den Betrieben, in denen wir sehr schwach vertreten sind oder in denen keine Kommunisten arbeiten, sollen von den Straßenzellen vor dem Betrieb die Flugblätter usw. verteilt werden.

3. Jede Betriebszelle muß sich als Ziel setzen, eine eigene Zelle neu zu bilden herauszubringen. Diese Zeitung soll zwar zum großen Teil die Probleme des Betriebes behandeln, sie muß aber ihrem Inhalt nach auf unsere Kampagne zugeschnitten sein und den Kampf gegen die Fürstenabfindung mit unserem allgemeinen Kampf gegen die Versöhnung verbinden.

4. Für die Kampagne ist eine besondere Broschüre und entsprechende Sondernummern des „Knüttel“ und der „Arbeiter-Zustrieker“ erforderlich. Es muß möglichst in jedem Betriebe dieses Material umgesehen und dadurch den Grundriss zu legen für die Organisation der Literatur-Kolportage. Daneben kommt der Vertrieb der Parteipresse in Frage.

5. Die Partei kann nur einen verhältnismäßig geringen Teil Material herausgeben. Die Zellen sollen versuchen, in ihrem Betrieb für das Volksbegehren Werbemaßnahmen durchzuführen und von dem aufgetragenen Gelde weiteres Agitationsmaterial kaufen. Jedes Flugblatt, jeder Handzettel u.ä. enthält eine Forderung, in der angegeben ist, wo und zu welchem Preise weitere Exemplare gekauft werden können. Außerdem ist die Selbstherstellung von Agitationsmaterial zu organisieren. Die hierzu betätigten Genossen, Sympathisierenden sind für die Anfertigung von Transparenten, Klebezetteln, Schablonen zusammenzufassen. Kurze, schlagwortartige Parolen werden zu dieser Zweck in der Parteipresse veröffentlicht.

6. Jede Zelle soll in Zusammenarbeit mit der Straßenzelle und den umliegenden Betrieben Verbindung aufnehmen zur Durchführung gemeinsamer Aktionen.

7. Die Angehörigen und Fremden des Betriebes müssen besonders bearbeitet werden. Gerade die Fürstenabfindung bietet eine gute Gelegenheit, diese zum Teil noch bürgerlich, teils monarchistisch eingestellten Schichten zu gewinnen.

8. Betriebe, in denen Frauen arbeiten, müssen besonders geeignete Genossen und Genossinnen abkommandieren für die Agitation unter den Frauen. Hier ist eine günstige Gelegenheit, die Sympathisierenden bis weit in die Kreise der bisher indifferenten Frauen zu erweitern.

9. Es genügt nicht, daß die Agitation im Betriebe geführt wird. Es muß versucht werden, die Anhänger des Volksbegehrens dazu zu bringen, daß sie in allen Organisationen, denen sie angehören, auch Kultur- und Sportvereinigungen, für das Volksbegehren und den Kampf gegen die Versöhnung agitieren. Unsere Genossen müssen ihnen zu diesem Zweck entsprechende Agitations- evtl. sogar Referatmaterial zur Verfügung stellen. Das Ziel ist, daß wir einen möglichst großen Kreis von Organisationen zur zunehmenden Teilnahme bringen und daß diese sich den bezüglichen oder örtlichen Ausschüssen für die Durchführung des Volksbegehrens anschließen. Eventuell muß der Betrieb solchen Versammlungen Referenten oder Diskussionsreferent hergeben.

10. In Verbindung mit der örtlichen Zeitung soll jeder Betrieb während der Kampagne an einem Sonntag eine Landbagatelle durchführen. Nach Möglichkeit wird zentral ein Tag festgelegt.

11. Weiter die Ergebnisse der Agitation in fortwährend der Ortsleitung und der Parteizelle Bericht zu erstatten. Vor allem müssen Berichte über Versammlungen, Petitionen, Resolutionen, das Auftreten bei Gegnern usw. mitgeteilt werden.

12. Mit der Kampagne verbunden werden muß unsere „Partei- und Rot-Aktion“, die für den Monat Februar veranlagt worden ist. Die vorgeschriebenen Maßnahmen müssen je nach den Verhältnissen im Betrieb ergänzt werden. Es gibt kein Schema für die Agitation. Aber notwendig ist, daß jede Zellenleitung das Schwergewicht auf die Organisation der Arbeit

legt. Ohne solche organisierte Agitation, die alle Mittel und Kräfte planmäßig ausnützt, werden wir einen großen Erfolg nicht erreichen.

Berhöhung der Arbeiter bei Caeser Ballheim, Breslau

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)
Im Herbst 1923 gab die Firma an, über kein flüssiges Geld zu verfügen, um pünktlich die Löhne auszahlen zu können. Wochenlang mußten die Arbeiter auf die Auszahlung der Löhne und Willkür warten. Täglich fiel der Preis des Papierwerts, so daß die Arbeiter durch die verspätete Zahlung ihres Lohnes um ihren Verdienst einfach bedrogen wurden. Jetzt heißt es, daß plötzlich herumschlag die Verwendung über größere Mengen von Inflationsgeld verfügt. Dieses benutzt sie einfach als Scheinpapier. Mehrere Arbeiter wurden bei Forderungen für die Dienstverhalte über ihren Verdienst im vergangenen Jahre auf 20-Markenscheine ausgestellt.
In will nicht unterlassen, daß 1923 die Firma tatsächlich nicht in der Lage war, die Löhne pünktlich auszahlen, und infolge welcher Ursachen sie jetzt in Besitz der enormen Summe ist. Doch ist die Benutzung dieser Summe als einfaches Scheinpapier eine direkte Berührung der Arbeiter.

Der Streit in den „Görlicher Nachrichten“

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)
Paul Bach, der drei Jahre lang Geschäftsführer einer kleinen Druckerei, der Lechner in seiner Zeit-Zusammenfassung mit Rücksicht, jetzt seit 1. Januar 1924 den Direktorat der „Görlicher Nachrichten“ und „Anzeiger“ dieses Blattes führt ein bemerkenswertes Dasein. Aus Gesundheitsgründen wollen wir die Abmilderung verweigern. Bezeichnend ist es, daß keine Antwort erfolgte, als die größte Zeitung im Reich wiederholt öffentlich den Verlag aufforderte, die Zahl der zahlenden Abonnenten zu veröffentlichen.

Der Vorstand der Deutschen Buchdruck- und Verlags-Union, die „Görlicher Nachrichten“, hat den Verlag der „Görlicher Nachrichten“ in Breslau, der seit 1923 unter der Leitung von Paul Bach, der drei Jahre lang Geschäftsführer einer kleinen Druckerei, der Lechner in seiner Zeit-Zusammenfassung mit Rücksicht, jetzt seit 1. Januar 1924 den Direktorat der „Görlicher Nachrichten“ und „Anzeiger“ dieses Blattes führt ein bemerkenswertes Dasein. Aus Gesundheitsgründen wollen wir die Abmilderung verweigern. Bezeichnend ist es, daß keine Antwort erfolgte, als die größte Zeitung im Reich wiederholt öffentlich den Verlag aufforderte, die Zahl der zahlenden Abonnenten zu veröffentlichen.

Der Vorstand der Deutschen Buchdruck- und Verlags-Union, die „Görlicher Nachrichten“, hat den Verlag der „Görlicher Nachrichten“ in Breslau, der seit 1923 unter der Leitung von Paul Bach, der drei Jahre lang Geschäftsführer einer kleinen Druckerei, der Lechner in seiner Zeit-Zusammenfassung mit Rücksicht, jetzt seit 1. Januar 1924 den Direktorat der „Görlicher Nachrichten“ und „Anzeiger“ dieses Blattes führt ein bemerkenswertes Dasein. Aus Gesundheitsgründen wollen wir die Abmilderung verweigern. Bezeichnend ist es, daß keine Antwort erfolgte, als die größte Zeitung im Reich wiederholt öffentlich den Verlag aufforderte, die Zahl der zahlenden Abonnenten zu veröffentlichen.

Neues von der Firma Kasser & Co. in Strickberg

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)
Bei dieser Firma werden in der Spinnerei etwa 18 Mädchen für den „fortwährenden“ Stundenlohn von 17-20 Pfg. beschäftigt. Seit kurzem Zeit ist nun die Arbeit wieder eingestellt worden und zwar so, daß infolge des schwindenden Materials bei schwindender Arbeitszeit zwischen Akkord und Stundenlohn eine Differenz von 75 Pfg. entsteht. Als bei der Lohnzahlung nun die Arbeiterinnen erklärten, daß sie unter diesen Umständen den Akkord vorziehen, und ihr Stundenlohn forderten, wurde ihnen von dem stellvertretenden Chef, Herrn Bittner, erklärt: „Wenn Ihr Euch nicht nach den 10 Pfg. in den Taschen richten wollt, na dann danke!“ und schlug ihnen die Tür vor der Nase zu.“ Darauf verlangten die Mädchen die Papiere.
Als der Mann einer Arbeiterin Herrn Bittner nochmals darauf aufmerksam machte, daß laut Reichsmittelgesetz bei jedem Akkord mindestens der Stundenlohn garantiert werden muß, erklärte Herr Bittner, daß nächstens bei gutem Material derselbe Akkord wieder einführen könnten. Weiter gab die Firma seit drei Jahren mit Verlust arbeitet (???) und infolgedessen eine bessere Bezahlung nicht möglich wäre.
Weiter ist ihm zum Vorwurf gemacht worden, daß im Betriebe 14-jährige Mädchen täglich elf Stunden beschäftigt werden, worauf er die Schuld seinem Wertmeister Winder zuschob.
Wo bleibt da die Gewerbeinspektion?

„Bildet Einheitskomitees!“

Die Schweißner Metallarbeiter fordern Einheitskomitees

Mitgliederversammlung des DMB in Schweißnit

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatler.)

In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Geschäftsführer Genosse Siroch ein ausführliches Referat über „Wirtschaftskrise, Erwerbslosigkeit und Volkseinstimmigkeit“. Er streifte die Auswirkungen des Dawes-Gutachten, Locarnopakt und Völkerverbund. Am ausführlichsten behandelte er den Volkseinstimmigkeit und sparte alle Mitglieder dazu an, sich in den Dienst des Volkes zu stellen. Zu Punkt 2 gab Genosse Siroch einen Bericht über die letzte stattgefundene Konferenz in Liegnitz. Diese hatte sich notwendig gemacht, weil die Unternehmer die Verlängerung des Lohnabkommens bis zum 31. März abgelehnt hatten und wünschten, daß das Lohnabkommen bis 20. März läuft, von da ab kündbar mit 7-tägiger Frist. Im Gegensatz bei guter Konjunktur, wo die Herrschaften die gestiegenen Abkommen nicht langfristig genug haben konnten. Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß es gleich sei, ob der Tarif von Seiten der Unternehmer am 27. Februar abläuft oder am 31. März. Für Lohnabbau sei die Situation günstiger im Februar als April, wenn die Erwerbslosigkeit weiter steigt. Zum Ausdruck kam auf dieser Konferenz, jegliche Lohnherabsetzung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern. Bei Punkt 3 gab Genosse Siroch den Klassenbericht vom 4. Quartal 1925. Hier war wiederum eine Aufwärtsentwicklung in finanzieller Hinsicht und auch in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In Punkt 4. Berichtendes waren von Wichtigkeit folgende Anträge, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Zunächst 2 Anträge an den Ortsausschuß des DMB, Schweißnit:

1. Ein Einheitskomitee herzustellen zwischen Ortsausschuß, SPD. und KPD. betreffs Volkseinstimmigkeit.

2. Eine gemeinsame Erwerbslosendemonstration stattfinden zu lassen, an welcher sich die Kollegen aus den Betrieben beteiligen sollten und die Erwerbslosen von Stadt und Land!

Weiter folgenden Antrag an den Vorstand des DMB, und an den Vorstand des DGB, sofort einen Erwerbslosendemonstration auf gewerkschaftlicher Grundlage einzuberufen, der unter anderem zu wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung nehmen soll.

Nachdem noch einige weniger wichtige Fragen zur Beratung standen, war Schluß der gut besuchten Versammlung. Bemerkenswert ist noch, trotzdem es im Saale außerordentlich kalt war, hielten alle Kollegen und Kolleginnen bis zum Schluß der Versammlung aus.

Die verhehten SPD-Funktionäre

Ortsausschüsse des DGB, Schweißnit

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatler.)

Am 17. Februar 1926 fand die Generalversammlung des hiesigen Ortsausschusses statt, an welcher fast alle Delegierten ausbezogen waren. Den Kassierbericht gab Kollege Krügel, an diesen schloß sich der Jahresbericht des Vorsitzenden an und der Bericht der Rechnungsamtsleiter. In der Diskussion sprach Genosse Siroch, welcher auf Mängel im Ortsausschuß hinwies und verlangte, man solle mit dem Gelde des Ortsausschusses nicht so leichtsinnig umgehen, man solle es im Interesse der Gewerkschaften verwenden zur Agitation, zur Ausbildung von Funktionären, zu Fahrgangsposten usw., statt es auszugeben. Es gehe nicht an, daß der Ortsausschuß bestehende Summen von den Organisationen begehre, aber die Arbeit überläßt man den einzelnen Vorsitzenden. Die Gewerkschaftsmitglieder sind nicht gegen Beitragserhöhung, wenn ihnen etwas für ihr Geld geboten wird. Wie es bisher gewesen ist, kann es nicht weiter gehen. Der Vorsitzende versprach wohl Besserung.

Der Vorstand wurde gegen mehrere Stimmen wieder gewählt.

Kollege Eisner gab einen Bericht von der Jugendkonferenz in Breslau, woran außer Breslau nur 3 Orte vertreten waren. Genosse Siroch verlangte ebenfalls, daß man sofort an die Schaffung einer Gewerkschaftsjugend herangehen müsse, es dürfe nicht eben bloß wieder geredet werden, sondern man solle ernstlich vom Ortsausschuß herangehen und in dieser Frage etwas leisten.

Unter Punkt Verschiedenes lag ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion vor, welche verlangte, daß ein Mitglied bei der Ortsausschüsse teilnehmen dürfen. Auf die Frage, ob sie gewerkschaftlich organisiert seien, kam an den Tag, daß von 5 Stadtverordneten der SPD, nur 1 Stadtverordneter gewerkschaftlich organisiert ist. Als die SPD-Gewerkschafter dies hörten, wurden ihre Gesichter länger als sonst. Diese Herren wollen dann die Erwerbslosen vertreten???, wo sie keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören?

Weiter lagen 2 Anträge der Metallarbeiter vor: in dem die Bildung eines Einheitskomitees in Schweißnit durch den Ortsausschuß der SPD. und DMB, zur Durchführung der Fürstenabfindung verlangt wird, und die Organisierung einer Erwerbslosendemonstration. Genosse Siroch als Vertreter der Metallarbeiter begründete diese Anträge und verlangte Annahme. Die Herren SPD'er erklärten sofort, sie machten nicht mit, jede Partei solle dieses für sich machen, das hätte die Spitzenorganisation des DGB, und der SPD. bestimmt. Genosse Siroch wies darauf hin, wenn wir warten wollten, daß der DGB, oder der Parteivorstand der SPD. die Offensive ergreifen wird zur Einheitsfront, könnten wir alle alt und grau werden. Die Einheitsfront sei eine der wichtigsten Fragen, welche die Arbeiterfrage angehe, sie müsse von unten herauf kommen, man solle sich nach dem Willen der Arbeiter richten. Die Metallarbeiter der Ortsverwaltung Schweißnit wünschende Einheitsfront, da dürfe sich auch der Ortsausschuß nicht kräuben. Einige SPD.-Größen erklärten sofort, sie würden sich der Stimme enthalten, wenn sie gegenstimmten würden, dann würden wir dieses vor den Mitgliedern beantragen. Genosse Siroch brandmarkte dies, es sei traurig und schlapp, wenn Funktionäre nicht abstimmen. Nach längerer Diskussion stimmten von 32 Delegierten 10 Kollegen für den ersten Antrag, 4 Kollegen dagegen. Die anderen enthielten sich der Stimme, weil sie sich nach den Beschlüssen der SPD. zu richten hätten. (Seine Gewerkschaftler, uns macht man immer den Vorwurf, als Gewerkschaftler nach den Anweisungen der Parteileitung zu handeln, was tun die SPD.-Gewerkschaftler?) Genosse Siroch wies darauf hin, daß der Antrag nicht an die SPD-Mitglieder gerichtet sei, sondern an Gewerkschaftler; schließlich würgte zum Schluß der Vorsitzende auf Anweisung einiger Vorstandsmitglieder und Nichtmitglieder den ganzen Antrag ab und meinte, die Metallarbeiter sollen an die SPD. herantreten. Dieses beweist, daß der Vorsitzende kein starkes Rückgrat hat, um nicht selbst zu wanken, was er als Vorsitzender zu tun hat, sondern muß sich erst von Funktionären der SPD. hiltieren lassen.

Jedenfalls hat der größte Teil der Mitglieder des Ortsausschusses aus den letzten Jahren nichts gelernt, vielleicht lernt man, wenn man ebenfalls 12 Jahr erwerbslos ist, daß die Arbeiter zusammengehören.

Zum zweiten Antrag wurde erklärt, daß Vorarbeiten zu einer Erwerbslosendemonstration gefällig würden und wenn es notwendig sei, würde man eine Demonstration einberufen. Es gab hier wieder Gewerkschaftler, welche Angst hatten, mit den Erwerbslosen auf die Straße zu ziehen.

Einige weniger wichtigere Angelegenheiten fanden schnell ihr Ende. Gefragt soll nur zum Schluß noch werden, daß wir uns das Verhalten einiger Ortsausschuffunktionäre merken werden, um es ihnen bei passender Gelegenheit unter die Nase zu reiben. Es wird an den Gewerkschaftsmitgliedern liegen, Kollegen in den Ortsausschuß zu senden, welche glauben, hart die SPD. zu vertreten, sondern werden sich oppositionelle Gewerkschaftler wählen müssen, die gewillt sind, auch gegen den Willen der Führer an der Herstellung der Gewerkschaftseinheit und überhaupt an der Schaffung einer Einheitsfront aller Werktätigen zu arbeiten; deshalb ist es notwendig, daß jeder Arbeiter Mitglied einer freien Gewerkschaft wird.

